

ERNST SCHWANHOLD

Energie als Standortfaktor

Sehr geehrter Herr *Klein*, sehr geehrter Herr Prof. *Hendler*, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nach den beiden Einführungsvorträgen und nach dem, was Herr *Wuermeling* gesagt hat, möchte ich Ihnen eine Frage stellen: Können Sie sich vorstellen, dass es unter diesen Bedingungen noch möglich ist, langfristig Chemie-Produkte in Europa zu produzieren? Und Investitionsentscheidungen zu treffen, die von dem Geflecht, das Herr *Wuermeling* und Herr Professor *Hendler* vorgelegt haben, tatsächlich jeden Tag betroffen sind? Wenn wir in die Infrastruktur investieren, treffen wir Investitionsentscheidungen für die nächsten 30 Jahre und können gegenwärtig noch nicht einmal absehen, wie sich in den nächsten fünf Jahren die Rahmenbedingungen, zum Beispiel beim Emissionshandel oder anderen Auflagen, gestalten werden. Wir wissen heute nicht, ob wir 35 € pro Tonne CO₂ einkalkulieren müssen, 60 € pro Tonne CO₂ oder gar nichts. Wir wissen aber, dass um uns, um Europa herum, sehr schnell wachsende Wettbewerber im Markt sind, die keinen Euro einkalkulieren müssen für die Emissionsrechte an CO₂.

Ja, meine Damen und Herren, das Szenario ist so, wie Herr *Wuermeling* es beschrieben hat: Wir haben einen weltweiten Hunger nach Energie, der in bestimmten Regionen dieser Erde in ganz besonderer Weise wächst, dramatisch wächst, und wir haben dort zugleich eine vergleichsweise geringe Energieeffizienz in Teilen der Stromproduktion. Wir haben andererseits Industrieländer in Europa, auch in Amerika, die in der Vergangenheit schon in die Energieeffizienz investiert haben, weil es ökonomische Notwendigkeit war, um wettbewerbsfähig zu sein. Und dann haben wir da die Absicht der Politik, in dem Zielkonflikt von Umweltschutz, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Verantwortung eine Vorreiterrolle einzunehmen und mit besonders lenkenden und regulierenden Maßnahmen der Welt Ziele und Ergebnisse zu präsentieren, von denen wir hoffen, dass ihnen alle nacheifern.

Unbestritten ist aber – wenn wir CO₂ betrachten –, dass wir es im Verhältnis zu den anderen Herausforderungen des Umweltschutzes nicht mit einer lokalen oder regional begrenzten Belastung zu tun haben, sondern mit einer wahrlich globalen Herausforderung. Es ist völlig egal, an welcher Stelle der Erde CO₂ produziert wird. Es wirkt global. Das ist anders als bei der Versauerung des Bodens, das ist anders als bei Depositionen, das ist anders als bei anderen Schadstoffen, das ist auch anders als bei den Einleitungen, die wir ins Wasser gemacht haben. Selbst bei der Fracht, die wir über die Flüsse

und Weltmeere verteilen, haben wir ein hohes Maß an Regionalität und nicht die globale Dimension, die wir insbesondere bei der CO₂-Frage haben.

Was ist also für ein Unternehmen wie die BASF, was ist für den Industriestandort Europa von zentraler Bedeutung? Energie ist seit eh und je ein zentraler Standortfaktor. Sie ist einer der zentralen Faktoren für Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie und damit auch von vornherein vergeben: Derjenige, der Energie effizient nutzt, hat einen Wettbewerbsvorteil. Dieser Wettbewerbsvorteil ist in der Vergangenheit schon auf Grund der Preisungleichgewichte, die wir innerhalb der ja auch sehr ungleich verteilten Energieressourcen der Erde haben, jeden Tag nutzbar und notwendig geworden. Wenn wir ihn nicht nutzbar gemacht hätten, hätte der Wettbewerb dazu geführt, dass in Europa, einer eigentlich ressourcenarmen Region, bestimmte energieintensive Produktionen gar nicht mehr möglich wären. Wir konnten dies nur durch Effizienzvorteile beim Energieeinsatz täglich garantieren. Es ist die Frage, wie viel zusätzliche Regulierung wir bei der Produktion vertragen, um über die Grenze der Wettbewerbsfähigkeit hinaus zu kommen. Denn anders als der Strom verteilt wird, anders als Gas verteilt wird, werden die Produkte, die z. B. in der Stahlindustrie oder in der chemischen Industrie verteilt werden, im internationalen Wettbewerb heute per Mausclick gehandelt und niemand schaut danach, ob Ethylen, Propylen oder Chlor an einer Stelle produziert worden ist, an der mit hoher Energieeffizienz gearbeitet wird. Man schaut nur nach dem Verkaufspreis inklusive der Transportkosten, die praktisch unbedeutend sind.

Wir müssen also die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen berücksichtigen. Dies hat sehr viel mit sozialer Sicherheit zu tun, in den Ländern, in denen wir Verantwortung tragen. Dies hat übrigens auch etwas mit der Verteilungsmasse zu tun, die wir am Ende zur Verfügung haben. Und wenn in diesem Zielkonflikt überragendes Interesse und somit überragende Vorgaben auf der ökologischen Seite zu sehen sind, dann steht am Ende möglicherweise eine Mehrheitsentscheidung für Regulierungen, die wir zu tolerieren und die wir auch zu akzeptieren haben. Am Anfang der Diskussion muss allerdings das deutliche Bekenntnis zu dieser Position stehen und dem damit verbundenen Wohlstandsverlust in bestimmten Regionen. Dies ist eine Komponente, die mir allzu sehr fehlt in der politischen Auseinandersetzung, weil wir gelegentlich vorgaukeln, wir könnten diesen Zielkonflikt lösen, ohne dass es zu Wohlstandsverlusten käme und ohne dass es zu Verlagerungen käme. Sektoral und branchenspezifisch reden wir nicht von Neutralität, wenn wir diese Ziele erreichen wollen, sondern wir reden über sehr große, massive Verwerfungen in bestimmten Regionen und in bestimmten Arbeitszusammenhängen. Übrigens auch, wenn es darum geht, Innovation, Innovationskreise, Innovationszyklen zu definieren.

Eine weitere Frage, die wir zu beantworten haben, ist die Frage nach der gesicherten Energieversorgung. Darauf haben auch bereits Herr *Wuermeling* und Herr Professor *Hendler* abgehoben. Für ein Unternehmen wie die BASF in Europa ohne eigene Energieressourcen ist die Frage, für welchen Mix und für welche Versorgungssicherheit wir uns entscheiden, von zentraler Bedeutung. Lassen Sie mich mit einem ganz kurzen Beispiel auf einen Stromausfall in der BASF eingehen, der nicht von uns verursacht

wurde, sondern durch Umschaltmaßnahmen und menschliches Versagen. Aus so einem Zusammenbruch der Stromversorgung ist im Jahr 2004 ein Schaden von etwas mehr als 30 Mio. € entstanden. Zehn Minuten Stromausfall am Standort Ludwigshafen, 30 Mio. €. Warum sage ich das? Ich sage dies, weil wir bei der Versorgungssicherheit zwischenzeitlich insbesondere in der BRD, aber auch in Europa, schon seit längerer Zeit eine große Unsicherheit haben. Die Infrastruktur, in die die Energieversorgungsunternehmen in der Vergangenheit investiert haben, hat eine hohe Elastizität und sie hat auch hohe Sicherheit geboten. Es ist in Kraftwerke investiert worden, wir haben die Grundlast in ausreichendem Maße sichergestellt, wir haben sicherlich das sicherste Energienetz in Europa gehabt, vermutlich weit darüber hinaus. Die Unsicherheiten durch den Emissionshandel, die ich für die Produktion in der Chemie oder bei anderen bereits kurz angedeutet habe, diese Unsicherheiten sind im Bereich der Energiewirtschaft zu potenzieren. Und ein Zusammenbruch des Energienetzes und der Energieversorgung deutet sich durch Schwankungsbreiten innerhalb des Netzes an. Wer sich anschaut, wie sich die Schwankungsbreiten innerhalb des Netzes in der BRD vergrößert haben, wird jedenfalls nicht von vornherein negieren können, dass irgendwann der Zeitpunkt kommt, an dem die Versorgungssicherheit der Industriestandorte und Unternehmen nicht mehr gesichert ist. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt halten sich diejenigen zurück, die in diese Netze investieren. Denn hier gibt es eine zweite Regulierungsschiene, die für zusätzlichen Wettbewerb sorgen soll, nämlich die Trennung von Energieproduktion und Verteilungsnetz. Aus der Sicht der Investoren ist dieses Verhalten völlig verständlich, weil derjenige, der heute investiert, erstens nicht weiß, welche Refinanzierung er bekommt, und zweitens nicht weiß, ob er morgen noch Betreiber des Netzes ist. Warum soll man sich eigentlich auf ein so unsicheres Investment – und wir reden hier von Milliarden-Investitionen – einlassen, von dem man gar nicht weiß und nicht kalkulieren kann, ob man eine Refinanzierung in einem angemessenen Zeitraum bekommt? Warum soll man eigentlich dort investieren, wenn die Möglichkeit besteht, in viel lukrativere Anlageformen, zum Beispiel in der Produktion andernorts, zu investieren?

Es ist ja nicht so, dass wir einen Investor auf der staatlichen Seite gefunden hätten, der diese Lücke schließen würde, unabhängig davon, ob er denn gerade Rendite damit macht oder nicht. Das, was Sie beschrieben haben, Herr *Wuermeling*, 20000 Megawatt Anlagenbau, ist die Summe aller Planungen. De facto wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur das zu Ende gebaut, was bereits angefangen worden ist. Und die Planungen für weitere Anlagen werden in der BRD eher auf Eis gelegt. Auch dies ist eine Folge von Unsicherheiten, einerseits aus der CO₂-Diskussion, die wir führen, und andererseits aus der Diskussion, die sich entlang der Genehmigungsverfahren entwickelt hat. Wenn ich mich in die Rolle eines Managers in der Energieindustrie begeben kann, kann ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Grund der zahlreichen Unsicherheiten meinen Shareholdern bei einer Investition eigentlich nur Folgendes sagen: „Ich kann Ihnen erstens nicht sagen, welche Rendite ich haben werde, wenn ich heute mit der Planung anfangen, und ich kann Ihnen zweitens nicht sagen, ob es überhaupt möglich ist noch ein Genehmigungsverfahren zu bekommen. Aber lassen Sie uns doch mal an den Plä-

nen zur Investition festhalten. Und die EU wird mir im Jahre 2010 sagen, wie denn der Regulierungsrahmen von 2012 bis 2020, was die CO₂-Zertifikate angeht, aussehen wird. Eine Diskussion über den Marktpreis ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Ich vermute aber, dass ich 100 % der Zertifikate ersteigern muss. Meine Investition, über die ich heute entscheide, geht erst in sechs Jahren ans Netz, aber ich weiß heute überhaupt nicht, was in den nächsten Jahren passiert.“

Wir müssen uns schon überlegen, welche Sonderwege und Unsicherheiten an Entscheidungen wir denen, die über Investitionen zu befinden haben, zumuten. Es geht nicht um die Fragestellung, ob wir diesen Zielkonflikt aus Ökologie und Ökonomie von vornherein verloren geben wollen oder nicht. Vielmehr geht es um die Fragestellung, ob wir diesen Zielkonflikt so handhabbar machen können, dass gleichzeitig noch Investitionsentscheidungen möglich sind und damit dieses Land auch wirtschaftlich, aus sich selbst heraus, aus der Produktion von Stahl, aus der Produktion von Zement und Chemie heraus, Wohlstand erlebt.

Das mag fatalistisch klingen, es ist gar nicht so gemeint. Und wenn wir ein bisschen zurückschauen, dann haben wir ja durchaus auch Lösungsansätze und bereits an sehr vielen Stellen hocheffiziente Verfahren entwickelt. Bei der BASF betreiben wir 16 GuD-Anlagen an Standorten weltweit und haben damit einen erheblichen Anteil an Eigenversorgung. Übrigens in China gleichermaßen wie in der Bundesrepublik am Standort Ludwigshafen. Diese Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung haben einen Wirkungsgrad von ungefähr 90 %.

Schon bei diesen Anlagen und bei einem Wirkungsgrad von 90 % ist für jeden offensichtlich: Die Vorgabe einer weiteren Effizienzsteigerung von 20 % ist schon theoretisch nicht möglich. Das heißt also, dass wir uns schon anzuschauen haben, was wir denn einerseits postulieren und welche realen Handlungsspielräume andererseits noch vorhanden sind. Also, wir investieren weltweit in eine eigene, hocheffiziente Versorgung. Dies hat dazu geführt, dass im Zeitraum von 1990 bis 2005 die BASF einerseits ihre Produktionsmengen um rund 50 % gesteigert hat und in der gleichen Zeit den Energieeinsatz, den Energieverbrauch auf der Dampf- und Elektrizitätsseite, um 40 % gesenkt hat. Es ist also durchaus an vielen Standorten eine Entkopplung oder eine Teil-Entkopplung von Energieeinsatz und Produktion gelungen. Die zentrale Frage ist, was zusätzlich möglich ist und welche CO₂-Vermeidungskosten, welche Belastungsraten wir zusätzlich gerade solchen innovativen Industrien auferlegen wollen, was wir ihnen abverlangen wollen.

Jede Zielvorgabe führt zu Fehlallokationen. Das ist völlig klar, denn wenn ich sage, ich muss 20 % eines bestimmten Produktes dem Kraftstoff als Anteil beimischen, dann ist bis zu 20 % eigentlich schon der Absatz sichergestellt und ich bin überhaupt nicht dazu gezwungen, dieses unter ökonomisch sinnvollen Bedingungen zu machen. Also muss sich zunächst einmal der Gesetzgeber die Frage vorlegen, mit welchen Instrumenten er denn in der Lage ist, den Suchprozess des Marktes am intensivsten zu inspirieren, damit er diesen Zielkonflikt über den Markt auch tatsächlich lösen kann. In der Vergangenheit hat jedenfalls der Einsatz unterschiedlicher ökonomieverträglicher Instrumente, wie der Ökosteuer, des Ordnungsrechts oder des Zertifikatehan-

dels, nicht dazu geführt, dass die wenig treffenden Instrumente aussortiert worden wären. Sondern es hat zunächst auf der politischen und gesellschaftlichen Seite zu einer Addition unterschiedlicher Instrumente geführt, die sich übrigens beileibe nicht immer nur ergänzten, sondern sich manchmal gegenseitig durchaus widersprachen. Damit ist die größte Fehlallokation auf dem Weg ökologischer Ziele zu erreichen. Zunächst einmal ausgehend vom Gesetzgeber und seinen Vorgaben. Diese Fragestellung, welchen Suchprozess wir denn tatsächlich anstoßen können, um diesen Zielkonflikt zu lösen, könnte eine der interessantesten Fragestellungen sein, die auf diesen Bitburger Gesprächen tatsächlich auch einer Lösung oder Antwort zugeführt werden sollten.

Lassen Sie mich in wenigen Sätzen etwas sagen zu den CO₂-Vermeidungskosten und zu dem, was wir an Effizienzpotenzialen haben, und wo wir über diese Effizienzpotenziale verfügen.

Eine Industrie, die teilweise 60 % ihrer Kosten durch den Einsatz von Energie zu vergegenwärtigen hat, hätte ihre Hausaufgaben nicht gemacht, wenn sie nicht höchste Energieeffizienz hätte. Wir kalkulieren und müssen kalkulieren mit einem Ölpreis von 7,5 – 8 € per Million BTU, einer Einheit, wie sie an der Golfküste verwendet wird. In Saudi-Arabien wird ein Zehntel dessen bezahlt – und wir bewegen uns im freien Handel der daraus produzierten Güter und Dienstleistungen. Wenn wir also damit nicht konkurrieren könnten, würden wir vom Markt verschwinden. Wo sind denn die Ventile, um die Wettbewerbsfähigkeit auf Grund dieses Unterschieds bei Rohstoff- und Energieeinsatzkosten tatsächlich zu öffnen? Das kann nur höhere Effizienz sein, schnellerer technologischer Fortschritt, mehr Innovationskraft. Aber es wird mit Sicherheit auch die Frage gestellt, bei welchen anderen Kosten es Einsparmöglichkeiten gibt und da ist man sehr schnell beim Personal. Und wer der Industrie zusätzliche Belastungen auferlegen will, weiß und muss wissen, dass die Suche nach Kompensation dieser Lasten an anderer Stelle umso intensiver werden wird. Wer also einerseits der Industrie schärfere Vorgaben machen will, auf der anderen Seite die wirtschaftliche Prosperität in Europa und damit Wohlstand und Bildung in Europa erhalten will, muss darüber nachdenken, ob er hier nicht auch vielleicht in einen Zielkonflikt hineinfließt.

Sicher, hier wird oft die Innovationskraft der Wirtschaft ins Feld geführt. Werfen wir in diesem Zusammenhang einen Blick auf das Thema Kohle.

Der einzige heimische Energieträger, der wettbewerbsfähig ist, ist die Braunkohle. Der wird nun aber im Emissionshandel in einer so hohen Weise belastet, dass er seine Wettbewerbsfähigkeit gänzlich verlieren wird. Steinkohle steht uns weltweit zu gleichen Teilen zur Verfügung. Sie ist auch nicht in Krisengebieten angesiedelt. Dieser Energieträger ist also durch Import jederzeit sicherzustellen und steht in ausreichender Menge über einen langen Zeitraum zur Verfügung. Als Investment in der BRD ist er allerdings auf Grund des Zielkonfliktes „Klimaschutz“ mit einer hohen Fracht belastet. Gas und Öl holen wir uns aus Regionen, in denen wir die größten politischen Unsicherheiten haben. Also kommen immer wieder Wunderworte an den Himmel: Carbon capture and storage. Wir separieren CO₂ aus der Produktion von elektrischem

Strom, packen es irgendwo in den Boden hinein und dann haben wir auf Dauer und auf Ewigkeit Ruhe. Allerdings: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es noch keinen Rechtsrahmen und bevor es überhaupt die ersten funktionierenden Pilotanlagen gibt, hat in Deutschland bereits die Debatte begonnen, wie wir sie bereits bei der Endlagerung von Nuklearabfall führen. Ich sehe dies jedenfalls auf uns zukommen und damit Genehmigungsverfahren, die sicherlich nicht unter 20 Jahren zu haben sind – wenn wir schon zehn Jahre benötigen für Genehmigungen von Überlandleitungen zum Transport der Windkraft aus der Nordsee. Wenn wir dafür zehn Jahre benötigen, stellt sich die Frage, wie lange wir für den Ausweis einer CO₂-Speicherung im Boden brauchen werden, auf dem dann auch noch Menschen wohnen. Das ist nichts Neues, denn wenn wir nach Erdöl oder Gas gesucht haben, dann haben wir gelegentlich CO₂-Blasen angestochen und haben das CO₂ dann genutzt, um Gas auszutreiben oder auch um Öl auszutreiben, da war das alles völlig normal. Aber dann, wenn es künstlich verpresst wird, scheint es etwas anderes, als wenn es in geologischen Formationen natürlich gewachsen ist. Wir würden also die alten Lagerstellen möglicherweise wieder befüllen. Den Rechtsrahmen dafür herzustellen wird sicherlich 10, 15 vielleicht sogar 20 Jahre in Anspruch nehmen. Sozialen Frieden haben wir damit noch längst nicht verbunden und Akzeptanz auch nicht, weil noch niemand sich die Mühe macht, die Akzeptanzdebatte heute anzufangen, sondern eigentlich zunächst die Debatte über die Nicht-Akzeptanz geführt wird, damit wir dann hinterher auf jeden Fall mit den Lösungen zu spät kommen.

Wenn wir alle Kraftwerke mit dieser neuen Technik nachrüsten, bedeutet dies zunächst 10 % Effizienzverlust. Denn 10 % zusätzliche Energie wird man zum Aufkonzentrieren und zum Verpressen im Boden benötigen. Das ist doppelt so viel Energie, wie wir für den Transport des Gases benötigen, sagen wir aus dem Stockmann-Feld nach Westeuropa. Dafür brauchen wir 5 % des Gases, welches dort zur Verfügung steht. Wenn wir die technischen Herausforderungen dann geschafft haben, muss eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden, denn die Lagerstätten sind nicht dort, wo die Kraftwerke gebaut werden und schon gar nicht dort, wo der Strom gebraucht wird. In diese Infrastruktur muss investiert werden, wenn die Volumina dann zur Verfügung stehen. Nun legt der europäische oder deutsche Regulierer 6 % Rendite für den Bau der Infrastruktur, des Pipelinesystems und den Betrieb fest. Da kann ich mir sehr gut vorstellen, wie begeistert die internationalen Investoren auf den Investitionsplatz Europa oder BRD schauen und sagen, ich möchte jetzt aber sofort in ein Pipelinesystem investieren, um carbon capture and storage zu machen, wobei die CO₂-Vermeidungskosten oder die Deponiekosten zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich weit höher sind als 60 € pro Tonne CO₂.

Der zweite Wunsch ist dann die Wasserstofftechnologie. Ja, die Wasserstofftechnologie kann mittelfristig sicherlich einen Teilbeitrag leisten – wenn wir ein paar Fragestellungen gelöst haben wie zum Beispiel die Membrantechnologie oder die Lebensdauer der Brennstoffzelle und wenn es uns gelingt, die Speichertechnik beim Wasserstoff tatsächlich so weit voranzutreiben, dass es einfach und ohne hohen Energieeinsatz möglich wird, Wasserstoff dorthin zu transportieren, wo wir ihn benötigen.

Aber: Die CO₂-Vermeidungskosten liegen gegenwärtig bei 200 € pro Tonne. Und der Strom zur Herstellung des Wasserstoffs muss auch irgendwo herkommen!

Ein weiterer Hoffnungsträger ist die Fotovoltaik mit geschätzten CO₂-Vermeidungskosten von 120 bis 130 € pro Tonne. Windenergie liegt mit ihren CO₂-Vermeidungskosten deutlich oberhalb dessen, was wir international gegenwärtig vor dem Hintergrund von Joint Implementation (JI)- und Clean Development Mechanism (CDM)-Projekten machen.

Die niedrig hängenden Früchte sind die, um die der Wettlauf längst begonnen hat. Eigentlich stehen wir noch immer an der Startlinie, während andere schon in den Erntefeldern sind und ihre ersten Wagen in die Scheune eingefahren haben.

Damit lenke ich auf einen Punkt über, der erschwerend zu dem Zielkonflikt hinzukommt. Wenn wir schon von der Wirtschaft verlangen, innovative Lösungen zu präsentieren, dann würde ich Sie sehr herzlich bitten, einen Beitrag zu leisten, dass wir auch ein Innovationsklima in diesem Land bekommen. Wer die Hoffnung auf Biomasse setzt und nicht in den Konflikt zwischen denen, die Lebensmittel zu günstigen Preisen benötigen, und denen, die Energie zu günstigen Preisen benötigen, eingreift, der verschließt die Augen vor den Bedürfnissen der Entwicklungsländer und akzeptiert, dass hier die Verliererseite eigentlich schon feststeht. Und ich bin nicht ganz sicher, ob wir diesen Konflikt dann wirklich aushalten, ob wir unser Getreide verbrennen oder ob wir unser Getreide dazu nutzen, den Hunger der wachsenden Weltbevölkerung zu stillen. Wenn wir das dann nicht wollen und wir wirklich die Hoffnung haben, dass wir mit Biomasse nennenswerte Anteile beitragen können, dann werden wir, ob wir es wollen oder nicht, über die Flächenproduktivität nachdenken müssen. Und Flächenproduktivität lässt sich mit Biotechnologie, mit Gentechnologie jedenfalls deutlich erhöhen.

Die BASF selbst wendet jährlich über 400 Mio. € für die Schwerpunktforschung Energieeffizienz und Klimaschutz auf. Von der Wasserstofftechnologie über Biotechnologie, Speichertechnologien und Brennstoffzellen bis hin zur Fotovoltaik. Diese Aufwendungen sind sicherlich Chancen, einen Lösungsbeitrag zu leisten. Und wie sorgfältig wir umgehen müssen mit dem lenkenden Charakter von staatlichen, dozierten, gesetzgeberischen Instrumenten, will ich an einem letzten ganz knappen Beispiel deutlich machen. Wir sind, das darf ich mit einigem Stolz sagen, das erste globale Unternehmen, welches eine komplette CO₂-Bilanz erstellt hat. Vom Einkauf der Rohstoffe, über die Fabrikation innerhalb der BASF, bis zum Ende des Lebenszyklus mit einer theoretischen 100 %-igen Verbrennung unserer Produkte. Dabei gehören wir zu den großen Emittenten, ja, 87 Mio. Tonnen CO₂ emittiert ein Unternehmen wie die BASF weltweit über diese Kette. Vom Anfang bis zum Ende. Eine sehr zurückhaltende und vorsichtige Betrachtung, welchen Nutzen und welche Einsparpotenziale wir eigentlich aus den Produkten herausholen. Dies ist auch von einem unabhängigen Institut, welches ziemlich unverdächtig ist, der Industrie besonders nahe zu stehen, bestätigt worden. Es lässt sich belegen, dass durch diese Produkte während des Lebenszyklus über 250 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Also einen Faktor 3 und dabei ist alles mit eingerechnet. Es könnte vielleicht sein, dass wir in gut gemeinter

Absicht des Zielkonfliktes und mit gut gemeinten Instrumenten genau jenen Teil an Wirtschaft auseinanderreiben, der Teil der Lösung ist, und nur zu einem geringen Anteil ein Teil des Problems.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.